

Saale-Beitrag.

Dreizehntägiger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren
Fam mit 20 Pfg. für die ersten 10
15 Pfg. berechnet und in der Expedition
von unten Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expositionen angenommen.
Retarden die Zeit 60 Pfg.
Erhöht wöchentlich postmal;
Sonntag und Montag einmal,
sonst zweimal täglich.
Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.

Bezugspreis
Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., einschließlich 2 M.
zusammenfassend 1 M., ansehnlich. Bestel-
lungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.
Herausgeber:
Carl Dehmann in Halle S.
Spendenkunde an der Redaktion 11—1 Uhr.
[Bezugspreis: Redaktion Str. 1344. — Expedition Str. 176.]

Nr. 125.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 15. März

1900.

Agrarische Zufarenritte.

Unter parlamentarischer Mitarbeit schreibt uns:
Wohlhaben haben die Agrarier den Bogen doch überhamp.
Das ist ein Geiz, das die Volksgerechtigkeit schämen sollte,
wenn sie ein solches, das die Volksernährung schädigt, aus
der Besinnung des einheimischen Fleisches ein Einfuhrverbot für
ausländisches Fleisch. Sie flimmern sich nicht darum, wie
das aus einem veterinärpolizeilichen in ein prohibitives
verwandelt Geiz auf das Inland und das Ausland wirken
würde. Wer den Einwand erhebt, daß die deutsche Fleisch-
erzeugung den deutschen Fleischbedarf vernünftiger nicht bedeu-
tend übersteigt als Ignoranz bezeichnet, und wer darauf verwies,
daß Amerika den Schatz mit einem Gegenschlag erwidert
werde der halbe Schatz von Amerika? Die liberale Presse,
welche die Geizfrage internationalen Verwicklungen hervor-
hebt, eine antinationalen Haltung beidigt. Es war ein
systematischer Terrorismus, den man ausübte und der sich auch
in den Reichstagsdebatten geltend machte. Während unter
den Rechte die liberalen Redner, die ihr allerdings mit
erschütterndem Nachdruck die Wahrheit sagten, und sie
auch überdies eine derartige Eifersucht an den Tag, daß sie
durch einen Schlußantrag der Diskussion ein vorzeitiges Ende
brachte. Nur schnell vorwärts, hieß es; dann hat die
Geizbewegung im Lande keine Zeit, sich zu entfalten und an
Umfang und Kraft zuzunehmen.

Aber die Agrarier hatten die Rechnung ohne den Wirt ge-
macht, und der Wirt sah an sehr hoher Stelle. Bei aller
Gerechtigkeit, einem Gewerbe von der Bedeutung des landwirth-
schaftlichen nach Möglichkeit entgegenzunehmen, konnte man
doch nicht verkennen, daß hier ein Alt des Hoffenszuges,
eine Befähigung der Verbraucher, eine Erhöhung der Produktions-
kosten für die Industrie, eine Gefährdung der auswärtigen
Erzeugnisse, eine Schädigung von Schiffahrt und Handel vor-
lag, die sich kaum veranlassen ließe. Nicht ohne einen hohen
gradigen Bedenken sehr bald wieder, früher und entschieden
als die Grafen Posa und Wilow, die beide sich
auf eine Situation einzurichten scheinen, in welcher der
agrarischen Zustimmung kaum noch ein ersichtlicher Widerstand
entgegengelegt werden dürfte. Nachdem doch Graf Posa
sich bereits offen ausgesprochen, der Bundesrat werde zuzustimmen
wird, und mit dieser Zustimmung Schweineweide zu sich
zurückziehen. Dieser konservativ Abgeordnete aber hatte mit dem
Landesrat die Zustimmung nicht verhandelt.

Aber er machte sich Einfüsse höchst berechtigter Art
geltend und brachte Auffassung. Es folgte eine Unterredung
zwischen dem Kaiser und dem Kanzler, und der zu verfertige
Weg wurde erkannt, — auch für den Grafen Posa, wobei
der dann endlich am zweiten Tage der Debatte seine Sprache
wiederand, eine Rede, die sich in den Reichstagsdebatten
von links nach rechts und von rechts nach links; sie misste
Hoffnungen zerstören und nicht zugleich Hoffnungen zu
erwecken; sie verweigerte für jetzt und gewährte für künftig;
eines Geizwärters und Schweineweide lag in ihr, das auf keiner
Seite Befriedigung hervorrief. Doch es war ein Stein, und
damit kann man auf mehrere Umstände plaudern. „Schwerste
Bedenken“, „erste Begriffsfrage“ — wer das sagt, reißt die
Fäden nieder, die ihn an das andere Ufer zurückzuführen
sollen. Das stifteten die Agrarier auch, und darum wurden
ihre Mienen bitter, ihre Blässe feingelb, ihre Laute unmar-
turalig groß. Der Parlamentarier hatte mit einer Niederlage
geendet. Das goldene Vieh, das der höfischen Hand nahe
kam, war plötzlich verschwunden.

Die Agrarier schämten. Ihre Wuth hat einen Punkt er-
reicht, auf welchem sie sogar das Geheiß der Revolution
erheben. Der Regierung wird vorgehalten, daß sie vor den
Demonstrationen der Straße zurückweiche, daß sie keine Kraft
besitze, um die öffentliche Meinung zu verachten, und ab-
schwächen. Diese Tugenden in dem Reizgebilde als
Schwächen angesehen auf, und das alles um Fleisches-
schwächen. Wohin der Wurm sich richtet und welche
Stelle in unseren Staatstheilen er treffen soll, darüber braucht
kein Wort gesagt zu werden. Die Agrarier kennen die Macht
von welcher keine Regen und Sonnenchein, Abkühlung oder
Wärme von Reichstagsbeschlüssen abhängt. Diese Macht hat
sie gegen sie gewendet, und die drabliche Verächtlichkeit des
deutschen Landwirthschafters an den Kaiser, daß das
Reichstagsverbot dem Interesse der Arbeiterklasse dienlich
sein kann die Regierung in ihrer Zurückweisung des agrarischen
Verlangens nur bestärken.

Widerstands noch ist das Gewitter, welches sich so reich zu
entzogenen Galle, nicht ganz vorüber. Vorsichtiger Leute,
die man „bündlerisch“ behelst, aber doch nicht so framme
Pferde, sind wie Dr. Köpcke und Wangenheim, arbeiten an
einem Kompromiß, um wenigstens etwas zu retten, und sie
haben das Spiel noch keineswegs verloren. Die bedrohten
und darüber hinaus sehr häufig reger müssen in der Er-
wartung, daß ein Erfolg ganz von der Wuth bedingt ist, mit
der es als eine Erfruchtungsbedingung betrachtet, daß da, wo
Wuth zu zeigen, — Großes mit einem Hauch, der in
den Augen leuchtet. Die Agrarier haben ihre Vormachtstellung
schon verloren, und mit welcher sie ihre politischen
Bestrebungen betreiben. Wenn jetzt das sonst so ruhige Abgeord-
nete von dieser Stimmung lernt, so hat es keineswegs den
ersten Schritt zur politischen Macht, und der Kampf
wird damit eine über den ursprünglichen Rahmen weit
ausgehende geistliche Bedeutung.
Die Agrarier ist unwillig an der Fottentkrumpf
aus der Hand genommen. Sie unterstellten den Land-

renten in geradezu verlegender Weise den Entschluß, nur dann
für die Flotte zu stimmen, wenn die Fleischpreise erreicht werde.
Dies Truggebilde ist zerstört. Man täuscht sich jetzt an ein-
flussreicher Stelle nicht mehr darüber, daß die Konser-
vativen unweigerlich für die Verweigerung unserer
Segezwalt stimmen müssen, weil sie einen Wahlsieger
gar nicht führen konnten, in welchem sie als Gegner einer
Landesvertheidigungsvorlage auftreten wollten. Das Reichs-
ratsflottenplan ist seit dem durch das Scheitern des Reichs-
schiffgesetzes nicht im mindesten befristet. An dem Gegentheil
die Aussichten für das Zustandekommen des Flotten-Erweiterungs-
gesetzes sind von der Industrie und dem Handel die
Sorge weicht, die die Unterbindung des Fleischpreises ver-
ursacht hat. Die Verhandlungen des Reichstagskommission
wird nächste Woche über den Bau der Schiffe und seine
Kosten beginnen sollen, werden dies beweisen.

Um welche Summe es sich bei einer Vertheuerung des
Verbrauchs handelt, zeigt folgende kleine Rechnung: An jähr-
lichen Fleischverbrauch entfallen auf den Kopf der Bevölkerung
45 kg, also wenn das kg auch nur zu 1,20 Mark be-
rechnet wird, 54 M. Multipliziert man diese Ziffer mit 30
Millionen Seelen — wenn man weitere 25 Millionen auf
solche Betriebe anrechnet, die selbst Fleisch produzieren, für welche
also eine Preisverhöhung außer Betracht bleibt — so ergibt
sich für diese 30 Millionen Köpfe ein Fleischverbrauch von
1620 Millionen Mark im Jahre. Eine Steigerung von 6
Pfund pro Hund, oder von 12 Pfd. pro kg würde somit bereits
eine Verhöhung von 162 Millionen Mark bedeuten. Wo solche
Summen auf dem Spiele stehen, ist äußerster Vorzicht doch
wohl geboten, und man wird bestrebt auf den durch die Ver-
weigerungsvorlage bezeichneten Einwand zurückzuführen, da dieser
und nicht der Konsumtionsverbot, eine wirksame Regelung
der schmerzigen Verhältnisse bietet. Hoffentlich bleibt die
Regierung sich selber treu und lehnt das ihr bereits angebotene
Kompromiß ab.

Unwillig ist auch der bimetallicke Vorstoß der
Agrarier missfällt, wie sich deutlich durch die von ihnen ver-
anlaßte monatliche Abstimmung attestieren ließe. 61 Stimmen
haben sie für sich, 161 gegen sich. Unsere Währung vermag
sie also nicht mehr zu erquickern. Der Kaiser verhandelt,
und damit verschwindet auch seine unbedingte Zahlkraft, die
Goldwährung wird aus einer hindern zu einer vollkommenen,
und dem Bimetallismus überläßt man getrost, Unheil zu prophe-
zeien, wie sie es seit 30 Jahren mit steigendem Heiterkeits-
erfolg getan haben. — e.

Gezeichnete Friedensverbindungen.

Der Deutsche Entwurf zwischen England und den süß-
afrikanischen Republiken, der im britischen Parlament bekannt
gegeben worden ist, beschäftigt in allen wesentlichen Punkten die
bisherigen Mittheilungen über den Schritt der Burenrepubliken
und die von der britischen Regierung ertheilte Antwort. Die
Buren haben erklärt sich bereit, den Frieden wieder-
herzustellen unter folgenden Bedingungen: Anerkennung der
Unabhängigkeit der beiden Republiken und Annullierung der-
jenigen britischen Unterthanen, welche sich die Buren gegen
England Partei ergriffen haben. Die Antwort des eng-
lischen Kabinetts lautet bestimmt ablehnend und läuft
auf die Feststellung hinaus, daß England nicht bereit sei,
die Unabhängigkeit Transvaals oder des Orange-Freistaates zu-
zugeben. Die englische Antwort läßt deutlich erkennen, daß das
Ziel der britischen Politik die volle Unterwerfung der
beiden Republiken unter Oberhoheit Englands bildet. Beide
der Dinge sind bewußt werden, daß die Präsidenten der
beiden Staaten etwas anderes als die Ablehnung ihrer Forde-
rung erwartet haben. Wahrscheinlich ist der Zweck der Aktion
gewesen, den Buren die Nothwendigkeit neuer Kämpfe dar-
zustellen und die Kampfgesinnung wieder anzufachen. Der
beide Seiten der englischen Antwort läßt darauf schließen, daß
Gamberlain der Verfasser ist, und die Buren müssen aus der
schiefen Zurückweisung von Friedensverbindungen erfahren, daß
die englische Regierung, beherzigt von Gamberlain, die volle
Verneinung der beiden selbständigen Staatseigenschaft erstrebt.

Wahrscheinlich haben die Republiken auch von ihrem Gelübde eine
Umkehrung der Großmacht erwartet. Aber die Frage
der Intervention der Mächte ist bisher leider aus der Waise
der Vorbereitungen ihrer Lösung noch immer kaum einen
Schritt näher geführt worden. Die Vereinigten Staaten
der britischen Regierung ihre Dienste als Vermittler zur Wieder-
herstellung des Friedens angeboten, das Vordringen jedoch
in höchsten Maßgrade abgelehnt. Wie bekannt, waren die
England gemachten Vorstellungen so gefaßt, daß sie in keiner
Weise den Ansichten eines auf keinen der Vereinigten Staaten
beistehenden Bundes, zu intervenieren, gewannen, sondern schlich-
lich dem amerikanischen Konsul in Pretoria gemachten Mit-
theilungen mit Versicherungen übermittelten, daß alles, was die
Vereinigten Staaten im Interesse des Friedens thun könnten,
von ihnen mit Freude unternommen würde. Deutschland
hat sich bekanntlich bereit erklärt, an der Vermeidung des Krieges
mitzuwirken, wenn festgestellt wäre, daß beide Gegner die Ver-
mittlung wünschten. Was Deutschland anlangt, so ruft all-
erdings die russische Presse an lautestem nach Frieden, aber die
russische Regierung scheint sich die Hände gelassen zu haben.
Die „Kreuzzeitung“ glaubt „authentisch“ feststellen zu können,
daß gleich zu Beginn des Burenkrieges Kaiser Nikolaus II.
der englischen Regierung das ihm die Schwereitigsten Eng-
lands zu seinem Vortheil auszuwirken. Dadurch
sind alles, was geschehen und nicht geschehen ist,
eine unerkündliche Verleugnung. Ähnliche Nachrichten sind
seit Monaten durch die Presse gegangen. Sie tragen auch
zur Erklärung der jetzigen Antwort Englands an die Republiken

bei: England ist gewiß, sein Ziel zu erreichen. Und England
wird ebenso gewiß sein, den Verleumdungen, die es England
erweilt, keine Rechnung zu finden. Keinerdings verläutet, Lord
Salisbury sei aufgefordert worden, den russischen Kron-
prinzen als Schlichter vorzuschlagen. Es wird
in der Werbung nicht gesagt, von wem der Vorschlag aus-
gegangen ist. Bekanntlich ist der russische Kronprinz mit dem
englischen Hofe verfreundet, er wird deshalb überhaupt Eng-
lands kaum als ein geeigneter Schlichter angesehen werden
können.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist leider kaum ein
anderer Weg zu einer Wiedervereinigung der Friedensbedingungen
zu erblicken als der einer erfolgreichen Fortsetzung des Krieges.
England züht weiter, und den Buren bleibt nichts übrig, als
durch energische Gegenwehr die Freiheit und Selbständigkeit
weiter zu verteidigen. Das Kriegsgeld kann sich wieder wun-
den. Willkür erwidert die Kampfsucht der Buren und läßt
ihren Widerstand gegen die vorrückenden englischen Truppen,
wenn sie erfahren, daß in England die Verleugung ihrer
politischen Selbständigkeit beschlossene Sache ist und sie auf
Entgegenkommen in keinem Punkte zu rechnen haben.

Deutsches Reich.

Die „Politik der Sammlung“
hat durch die Reichstagsvorlage wieder einmal gründlich
zackig gemacht. Man hat auf agrarischer Seite sich ent-
scheidend der Hoffnung hingeworfen, daß die industriellen Schlei-
schöler gegen die Verwicklungen der Regierungsvorlage keine
erheblichen Einwendungen machen würden. Nachdem jedoch
der Centralverband deutscher Industrieller gegen die Reichs-
räthe des Reichstages, soweit sie über den
bisherigen Zweck des Gesetzes hinausgehen und in das handels-
politische Gebiet übergriffen, Protest eingelegt hat, erheben
nunmehr auch der „Wohlf“, die noch in den letzten Tagen der
Regierung dringend die Annahme der Reichstagsbeschlüsse an-
drang, jeder etwa noch bestehende Zweifel darüber
ausgeschlossen, ob der Bundesrat etwa doch noch den Reichs-
räthe Vorschlag über das Fleischgesetz zustimmen könne.

Es unterliegt, so muß auch das Organ der Grobbrunn-
reisen jetzt schweren Bedenken ausgehen, ebenso wenig auch einem
Angebot, das die Reichs- und die Reichs- und die Reichs- und die Reichs-
Angebot, auf welcher Landwirtschaft und Industrie einwirkend
zusammenwirken können. Damit fällt auch die Voraussetzung
fort, unter der eine so starke schubhelfende Wirkung sich
den ererbten Beschlüssen über das Fleischgesetz ver-
einigt hat, und es steht daher außer allem Zweifel, daß nun
mehr eine hinter jenen Beschlüssen zurückliegende neue Grund-
lage für das Zusammengehen aller schubhelfenden Richtungen
geht und gelassen werden muß.

Das Organ des Bundes der Landwirthe will jedoch von einem
Kompromiß nach wie vor nichts wissen.
„Wir wiederholen“, so erklärt die „Dtsch. Tagesztg.“, daß
wenn wir die Wahl zwischen einem solchen Kompromiß und
der Ablehnung des Gesetzes hätten, wir die Ablehnung als
das kleinere Uebel ansehen würden.

Das Reichstags-Gesetz und die deutsche Meeres-
Einser fähig auch von uns mitgetheilten Meldung aus
Washington zufolge geht man in Kreisen der dortigen Regierung
mit der Absicht um, falls das deutsche Fleischgesetz in
Wirkung tritt, u. a. das deutsche Jagdgesetz mit Repressalien
zu bestrafen. Die Bedeutung einer solchen Maßregel, so jedoch
die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, jedoch
namentlich unterhalb, der die Reichs- und die Reichs- und die Reichs-
Befähigung der deutschen Meeres- und answärtigen Handel
der amerikanischen Union kennt. Von Großbritannien selbst
verhandelt abgeben, transportieren deutsche Schiffe mehr
Waren von uns nach Amerika als irgend ein anderes Land,
die Union selbst nicht ausgenommen. Wie sich aus der ameri-
kanischen Statistik entnehmen läßt, ergibt sich, daß die Reichs-
nach der Nationalität der Schiffe vertheilt, betrug beispiels-
weise im November 1899 (1898) der

Import.	Export.
auf deutschen Schiffen 8 Mill. Doll. (6 1/2)	11 1/2 Mill. Doll. (10 1/2)
amerikanische „ 7 „ (4)	8 „ (6)
französische „ 4 1/2 „ (3 1/2)	2 „ (1 1/2)
holländische „ 2 1/2 „ (2 1/2)	3 „ (2 1/2)
belgische „ 2 „ (2)	1 1/2 „ (1 1/2)
norwegische „ 2 „ (2)	3 „ (2 1/2)

Von den durch unsere Schiffe bedienten Gütern haben übrigens
nur ein wenig über die Hälfte Deutschland selbst zum Ver-
stärkung, oder Definitiv-Land. Bei einem etwaigen Zoll-
gesetz wäre daher freizugehen etwa nur der Rest des deutsch-
amerikanischen Warenverkehrs in Betracht. Die Vereinigten
Staaten würden vielmehr mit Freiein- und ausland verkehren,
und die deutsche Schifffahrt überhaupt mittels ihrer entleeren
handlung zu Gunsten der einheimischen zu verdrängen. Sie
haben in jüngster Zeit so wie zu gewöhnliche Auswanderungen zur
Förderung ihrer Bildung sehr ausgedehnten Handelsverkehr
gemacht, deren Wirkung sich bereits in der steigenden Reichs-
kraft zeigt. Deren Zweck dient es, die Wirkung
amerikanischer Schiffe, von Amerika aus, und anlangend ihre Ver-
einigung in der Mittelmeerfahrt, Nachweise des Reichs
Schiffbauanstalten etc. vor allem aber der durch Art. 23 der
Dingens-Vill eingeleitete 10-prozentige Zoll auf Lagersoll
auf alle in nicht amerikanischen Schiffen eingehende Waren,
seit dem 3. des vorigen amerikanischen Jahres von 1897
her, 1898 und andere Schiffe s. 3. von dieser Auflage befreit.
Der Wunsch eines Zollgesetzes würde nicht nur diese Vor-
zuzugnahme rauben, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach be-
deutende Differenzialabgaben auslösen, die uns sogar außer Bereich
legen könnten.

Gegen den Ausstellungen „Lüftung“.
Die Handelskammer zu Halberstadt wendet an die
deutschen Handelskammern das nachstehende Anschreiben:
Die Handelskammer hat mit Bedauern wahrnehmen müssen,
daß im Ausstellungsweesen bis in die neueste Zeit fort-
gesetzt Verhältnisse zu Tage treten, welche ein Einwirken der
deutschen Handelsvertretungen erforderlich erscheinen lassen.
Nicht nur das Ausstellungen veranlaßt werden, für welche

